

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
mitgeteilt, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Anzugsband)
Fr. 2. — für Deutschland (Anzugsband)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Anzugsband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Anzugsband)

Der Sozialdemokrat

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Vollständigen
Buchhandlung
Göttingen-Zürich.
Vollsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Inserate
die dreizehnpennige Zeile
zu 100 — 20 Pf.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Nr. 30.

Beise an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Beise nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In gewissen Fällen eingeschrieben.

21. Juli 1888.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Schutzzoll und Freihandel

Unter diesem Schlagtruf sollte schon bei der letzten Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten der Kampf zwischen den beiden großen Parteien, Republikaner und Demokraten, geführt werden; aber die Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Fabrikanten und Fabrikanten-Koalitionen gegen einander deckte dieser Schlagtruf nicht, und so sehen wir beim gegenwärtigen Präsidentschaftskampagne die prinzipielle Frage Schutzzoll oder Freihandel nur noch sehr vorsichtig und sehr bedingt in den Plattformen aufgestellt.

Zu einer Vorrede zu der in Newyork erscheinenden englischen Ausgabe von Marx' Rede über die Frage des Freihandels, die dieser Ende 1847 in Brüssel hielt, behandelt Friedrich Engels diese Frage vom sozialistischen Gesichtspunkte aus und berührt darin auch die deutsche Schutzpolitik, so daß wir es von Interesse halten, einige Auszüge aus diesem Vorworte, das in Heft 7 der Stuttgarter „Neuen Zeit“ jedoch in deutscher Uebersetzung erschienen, hier wiederzugeben.

Das Protektions- (Schutzzoll-) System war ein Kunstmittel, Fabrikanten zu fabrizieren, unabhängige Arbeiter zu exportieren, die nationalen Produktions- und Lebensmittel zu kapitalisieren, den Uebergang aus den alterthümlichen in die moderne Produktionsweise gewaltsam abzukürzen — mit diesem Zitat aus Marx' „Kapital“ beginnt Engels und führt aus, wie in England unter diesem Zollschutz das System der modernen Großindustrie sich entwickelte und schließlich den Kampf zwischen dem Grundbesitzer und dem Fabrikanten hervorrief. Er fährt dann fort:

„Nach langem und heftigem Kampf siegen die englischen industriellen Kapitalisten; sie waren damals tatsächlich schon die leitende Klasse der Nation, die Klasse, deren Interessen augenblicklich auch die nationalen Interessen waren. Der Grundbesitzer mußte kapitulieren. Die Zölle auf Korn und auf Rohstoffe wurden abgeschafft, Freihandel war nunmehr das Lösungswort. Die nächste Aufgabe der englischen Fabrikanten und ihrer Wortführer, der politischen Ökonomen, war nun, den Glauben an das Freihandelsdogma überall zu verbreiten und so eine Welt zu schaffen, worin England das große Industriezentrum wäre, und die übrigen Länder nur sein abhängiger Ackerbaubehälter. Das war die Zeit des Brüsseler Kongresses, die Zeit der fraglichen Rede von Marx. Während er anerkennt, daß Schutzzoll noch immer unter gewissen Umständen, z. B. in dem damaligen Deutschland, den industriellen Kapitalisten vorteilhaft sein kann; während er nachweist, daß der Freihandel keineswegs das angepriesene Allererwünschteste Mittel ist für alle Leiden der Arbeiterklasse, und im Gegentheil diese Leiden selbst vergrößern kann, spricht er sich in letzter Instanz und im Prinzip zu Gunsten des Freihandels aus. Für ihn ist Freihandel der Normalzustand der modernen kapitalistischen Produktion. Nur unter dem Freihandel können die ungeheuren Produktivkräfte des Dampfs, der Elektrizität, der Maschinerie sich vollständig entwickeln; und je rascher diese Entwicklung, desto eher und desto vollständiger werden ihre unvermeidlichen Folgen hervortreten: die Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, Kapitalisten hier, Lohnarbeiter dort; erblicher Reichtum auf dieser, erbliche Armuth auf jener Seite; Ueberschuß des Angebots über die Nachfrage, Unfähigkeit der Märkte, die stets wachsende Masse der Industrie-Produkte aufzusaugen; ein stets wiederholter Kreislauf von Prosperität, Ueberproduktion, Krisis, Panik, chronischer Stagnation und allmählicher Wiederbelebung des Geschäfts; diese letztere ein Anzeichen nicht dauernder Besserung, sondern bevorstehender erneuter Ueberproduktion und Krisis; in einem Wort, die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu so riesigen Dimensionen heranwachsend, daß ihnen die gesellschaftlichen Institutionen, unter denen sie in Betrieb gesetzt worden, zu unerträglichen Fesseln werden, nur eine mögliche Lösung: eine gesellschaftliche Umgestaltung, die die gesellschaftlichen Produktivkräfte von den Fesseln einer veralteten gesellschaftlichen Ordnung und die wirklichen Produzenten, das heißt, die große Volksmasse, von der Lohnsklaverei befreit. Und weil der Freihandel die natürliche und normale Atmosphäre ist für diese historische Entwicklung, das ökonomische Medium, worin die Bedingungen dieser unvermeidlichen Lösung am raschesten in's Leben treten — deswegen und nur deswegen erklärte sich Marx für den Freihandel.“

Engels erörtert nun, wie unter dem Siegeszug des englischen Freihandels über den Weltmarkt Amerika zum Schutzzollsystem gelangte. Rammangels können wir aus diesen

interessanten Ausführungen nur einige springende Sätze anführen:

„Da das Protektionsystem ein Kunstmittel ist, Fabrikanten zu fabrizieren, kann es nützlich erscheinen nicht nur einer halbentwickelten Kapitalistenklasse, die noch mit dem Feudalismus ringt. Es kann der aufstommenden Kapitalistenklasse auch vorteilhaft sein in einem Lande, das wie Amerika den Feudalismus nie gekannt hat, das aber auf der Entwicklungsstufe steht, wo der Uebergang vom Ackerbau zur Industrie eine Nothwendigkeit wird. Amerika, in diese Lage gebracht, entschied sich für den Schutzzoll.“ ... „Der Schutzzoll ist im besten Falle eine Schraube ohne Ende, und man weiß nie, wenn man mit ihm fertig ist. Wenn wir einen Geschäftszweig schützen, so schützen wir direkt oder indirekt alle anderen und müssen sie demzufolge ebenfalls schützen. Dadurch schädigen wir aber wieder die zuerst geschützte Industrie und geben ihr Anspruch auf Entschädigung; aber diese Entschädigung wirkt wiederum auf alle anderen Geschäftszweige zurück und berechtigt sie zu neuen Ansprüchen — und so fort in's Unendliche.“

„Ein anderer Punkt. Verbesserte Produktionsmethoden folgen heutzutage so rasch auf einander und verändern die Natur ganzer Industriezweige so plötzlich und so vollständig, daß, was gestern noch ein billiger ausgleichender Schutztarif war, heute in das Gegentheil umschlägt.“

Beide Punkte belegt Engels mit schlagenden Beispielen, und nachdem er die Schwierigkeit der Rückkehr vom Schutzzoll zum Freihandel dargelegt, kommt er auf Deutschland zu sprechen:

Von allen Arten Zollschutz ist diejenige die schlimmste, die uns in Deutschland vorgefunden wird. Auch Deutschland spürte bald nach 1815 die Nothwendigkeit einer rascheren industriellen Entwicklung. Die erste Bedingung hierfür war die Herstellung des inländischen Marktes durch Beseitigung der zahllosen Zolllinien und aparten Zölle der Kleinstaaten, kurz, die Bildung eines deutschen Zollvereins. Dieser war herstellbar nur auf Grundlage eines liberalen Tarifs, zugeschnitten mehr auf Steuerzölle als auf Industrieschutz. Unter keiner andern Bedingung hätte man die Kleinstaaten zum Eintritt gebracht. So war der neue Zollvereinstarif, wenn auch in geringem Maß einige Industrien schützend, für die Zeit seiner Einführung ein wahres Muster von Freihandel; er blieb dies, obwohl seit 1830 die Mehrzahl der deutschen Fabrikanten den Ruf nach Zollschutz erhoben. Und doch, unter diesem äußerst liberalen Tarif und trotz der unbarmherzigen Erdrückung deutscher, auf Handarbeit beruhender Hausindustrien durch die Konkurrenz der großen englischen Industrie, vollzog sich der Uebergang von der Handarbeit zur Maschinerie auch in Deutschland allmählich und ist jetzt fast durchgeführt. Der Uebergang Deutschlands vom Ackerbau zur Industrie vollzog sich im selben Maße und wurde seit 1866 noch durch politische Ereignisse gefördert: die Errichtung einer starken Zentralregierung und eines Reichsparlaments, einheitliche Steuer- und Gewichtsverordnungen; einheitliche Münze, Maß und Gewicht, und endlich die französische Milliardenfuth. — So kam es, daß gegen 1874 der deutsche Gesamtmarkt auf dem Weltmarkt nur noch hinter dem englischen zurückstand, und Deutschland mehr Dampfkraft in Industrie und Transport im Betrieb hatte als irgend ein anderes europäisches Kontinentalland. So war der Beweis geliefert, daß auch jetzt noch, trotz des enormen Vorsprungs der englischen Industrie, ein großes Land sich zu erfolgreicher Konkurrenz mit England im offenen Markt emporarbeiten kann.

Da auf einmal wurde die Front verändert: Gerade in dem Augenblick, wo mehr als je der Freihandel eine Nothwendigkeit für Deutschland schien, gerade da führte es Schutzzölle ein. Das war zweifellos absurd, aber es läßt sich erklären.

So lange Deutschland Korn ausführte, waren sämtliche Grundbesitzer und sämtliche Ackerbauer begeisterte Freihändler. Aber 1874, statt Korn auszuführen, brauchte Deutschland starkes Zuführen vom Ausland. Ungefähr gleichzeitig begann Amerika Europa mit Zuführen wohlfeileren Kornes zu überschwemmen; überall, wohin sie floßen, verringerten sie das Einkommen, das der Boden lieferte, und damit die Bodenrente; von da an erhob der gesammte Grundbesitz in ganz Europa den Ruf nach Zollschutz. Gleichzeitig litt die deutsche Industrie an den Nachwirkungen der Ueberproduktion und Ueberproduktion, die unter dem französischen Milliardenregen emporgeschossen war; während England, dessen Industrie seit der Krisis von 1866 eine chronische Stagnation noch immer nicht überwunden hatte, alle zugänglichen Märkte überschwemmte mit Waaren, unverkäuflich zu Hause und eben deswegen draußen zu Schleuderpreisen weggeschickt. Obwohl also die deutsche Industrie wesentlich auf die Ausfuhr angewiesen war, sahen die Fabrikanten doch jetzt im Zollschutz ein Mittel, sich den inneren Markt ausschließlich zu sichern. Die Regierung aber war nur zu froh, diesen Umstand benutzen zu können zum Vortheil des grundbesitzenden Adels, indem sie beiden, Grundbesitzern und Industriellen, Schutzzölle gab. 1878 wurde ein

*) Gesamtmarkt (Einfuhr und Ausfuhr abgerechnet) 1874 in Millionen Mark: Großbritannien 18,880; Deutschland 9,300; Frankreich 6,600; Vereinigte Staaten 4,980. (Kohl, Statistik, 7. Aufl. Leipzig 1876, S. 700.)

hoher Schutztarif eingeführt, sowohl für Ackerbau- wie für Industrie-Produkte.

Die Folge war, daß seitdem die Ausfuhr deutscher Industrie-Produkte geradezu aus der Tasche des heimischen Konsumenten bezahlt wird. Wo nur immer möglich, bildeten die Fabrikanten Kartelle zur Regulierung des Ausfuhrhandels und der Produktion selbst. Die deutsche Eisenproduktion ist in den Händen einiger wenigen großen Firmen, meist Aktiengesellschaften, die zusammen ungefähr viermal so viel Eisen produzieren, wie das Land im Durchschnitt braucht. Zur Vermeidung nutzloser gegenseitiger Konkurrenz haben diese Firmen ein Kartell gebildet, das alle ausländischen Submissionen unter sie vertheilt und in jedem Fall die Firma bestimmt, die die wirkliche Offerte zu machen hat. Dies Kartell hatte vor einigen Jahren sogar ein Abkommen mit den englischen Hüttenbesitzern geschlossen, das indeß in die Brüche gegangen ist. Ebenso haben die westfälischen Kohlengruben, die gegen 30 Millionen Tonnen jährlich produzieren, ein Kartell gebildet zur Regulierung der Preise der Submissionsofferten und der Produktion selbst. Ueberhaupt, jeder deutsche Fabrikant sagt euch daß der einzige Zweck der Schutzzölle ist, ihm zu erlauben, daß er sich im inneren Markt erholt von den Schleuderpreisen, die er im Ausland zu nehmen hat. Das ist aber noch nicht Alles. Um den Preis dieses absurden Systems des Industrieschutzes haben die industriellen Kapitalisten einem noch widerwärtigeren Monopol zugestimmt, das der Grundbesitz erhalten hat. Nicht nur sind alle Ackerbauprodukte hohen und noch fortwährend erhöhten Eingangszöllen unterworfen, sondern gewisse ländliche Industrien, die die Herren Junker auf ihren Gütern betreiben, werden aus dem öffentlichen Deutel direkt unterstüzt. Die Rübenzuckerindustrie ist nicht nur geschützt, sondern erhält außerdem enorme Summen in Gestalt von Exportprämien. Jemand, der das wissen sollte, ist der Meinung, daß, wenn der ausgeführte Zucker sämtlich in die See geschüttet würde, der Fabrikant immer noch an der Exportprämie ein gutes Geschäft machen müßte. Dergleichen erhalten die Kartoffelschnapsbrenner in Folge der neuesten Gesetzgebung aus der Tasche des Publikums ein Geschenk von mindestens 36 Millionen Mark jährlich. Und da fast jeder große Grundbesitzer im Nordosten Deutschlands entweder Rübenzuckerfabrikant oder Kartoffelschnapsbrenner oder beides ist, kein Wunder, daß die Welt mit ihren Produkten förmlich überschwemmt wird.

Diese Politik, verderblich unter allen Umständen, ist dies doppelt in einem Land, dessen Industrie ihren Absatz auf neutralen Märkten hauptsächlich durch die Wohlfeilheit der Arbeit aufrecht hält. Der Arbeitslohn wird in Deutschland selbst in den besten Zeiten dem Hungerpunkt ungebührlich nahe gehalten durch den trotz aller Auswanderung raschen Zuwachs der Volkszahl. Aber er muß steigen in Folge der Vertteuerung aller Lebensmittel, die der Schutzzoll erzwingt. Der deutsche Fabrikant wird dann nicht mehr im Stande sein, wie jetzt nur zu oft, sich für die Schleuderpreise seiner Waaren durch einen Abzug vom normalen Lohn seiner Arbeiter zu entschädigen: er verliert die Konkurrenzfähigkeit. In Deutschland schlachtet der Schutzzoll die Henne, die die goldenen Eier legt.“

Die Ausführungen über die Folgen des Schutzzolls in Frankreich und Rußland müssen wir hier übergehen; der Schluß der Vorrede, worin Engels die ganze Frage in folgende prägnante Sätze zusammenfaßt, möge aber hier noch Platz finden:

„Indes man führt den Zollschutz leicht ein, man wird ihn aber so bald nicht wieder los. Zudem die Gesetzgebung den Zollschutz annahm, hat sie gewaltige Interessen geschaffen und sich für diese verantwortlich gemacht. Nicht jedes einzelne dieser Interessen, nicht jeder Industriezweig ist gleichmäßig darauf eingezichnet, in einem gegebenen Moment sich der freien Konkurrenz ausgesetzt zu sehen. Während einige keine Schutzemulterung mehr nöthig haben, schleppen andere sich mühsam nach. Dieser Unterschied der Lage wird im Parlament den üblichen Parteilängeln in Bewegung setzen und ist an sich selbst Sicherheit genug, daß, wenn der Freihandel einmal beschlossene Sache ist, mit den geschützten Industrien sein säuberlich verfahren wird, wie nach 1846 mit der Seidenindustrie in England. Wie die Sache liegt, ist das unvermeidlich und die Freihändler werden sich das gefallen lassen müssen, so lange der Uebergang nur im Prinzip feststeht.“

Die Frage über Freihandel und Zollschutz bewegt sich gänzlich innerhalb der Grenzen des heutigen Systems der kapitalistischen Produktion, und hat deshalb kein direktes Interesse für Sozialisten, die die Beseitigung dieses Systems verlangen. Sie interessiert sie aber indirekt so weit, als sie dem jetzigen Produktionsystem eine möglichst freie Entfaltung und möglichst rasche Ausdehnung wünschen müssen; denn damit wird es auch seine nothwendigen ökonomischen Folgen entfalten: Ueber der großen Volksmasse in Folge einer Ueberproduktion, die entweder periodische Krisen oder chronische Stagnation des Verkehrs erzeugt; Spaltung der Gesellschaft in eine kleine Klasse großer Kapitalisten und eine große Klasse tatsächlich erblicher Lohnsklaven, Proletarier, deren Zahl beständig wächst, während sie ebenso beständig durch neue arbeitssparende Maschinerie überzählig gemacht wird; kurz, Verrennung der Gesellschaft in eine Sackgasse, aus der kein Entkommen möglich ist, außer

durch eine vollständige Umgestaltung der der Gesellschaft zu Grunde liegenden ökonomischen Struktur. Von diesem Standpunkt aus erklärte sich Marx vor vierzig Jahren im Prinzip für den Freihandel als für den geraderen Weg, also denjenigen, der die kapitalistische Gesellschaft am raschesten in diese Sachlage führen wird. Wenn aber Marx aus diesem Grunde für den Freihandel ist, ist das eben nicht ein Grund für jeden Verteidiger der gegenwärtigen Ordnung, gegen den Freihandel zu sein? Wenn der Freihandel revolutionär sein soll, müssen nicht alle guten Bürger für den Zollschutz stimmen, der dann notwendigerweise konservativ ist?

Wenn heutzutage ein Land den Freihandel annimmt, so wird es das sicher nicht den Sozialisten zu Gefallen thun, sondern weil der Freihandel eine Nothwendigkeit für die industriellen Kapitalisten geworden ist. Verwirft es aber den Freihandel und hält fest am Zollschutz, um die Sozialisten um ihre erwartete soziale Katastrophe zu pressen, so ist Niemand mehr geprellt, als es selbst. Der Schutzzoll ist ein Mittel, Fabrikanten künstlich zu fabrizieren, und deswegen ebenfalls ein Mittel, künstlich Lohnarbeiter zu fabrizieren. Züchtet ihr die einen, so züchtet ihr die andern mit. Der Lohnarbeiter folgt überall in den Fußstapfen des Fabrikanten; er ist wie die schwarze Sorge des Horaz, die hinter dem Reiter sitzt und die er nicht abschütteln kann. Dem Schicksal, mit andern Worten, den notwendigen Folgen eurer eigenen Handlungen könnt ihr nun einmal nicht entgehen. Ein Produktionssystem, gegründet auf der Ausbeutung der Lohnarbeit, ein System, worin der Reichtum wächst im Verhältnis zur Zahl der angewandten und ausgebeuteten Arbeiter, solch ein System kann nicht bestehen, ohne die Klasse der Lohnarbeiter zu vermehren, und damit einen Klassengegensatz zu steigern, an dem eines Tages das ganze System zu Grunde gehen muß. Es ist nun einmal nicht zu ändern: Ihr könnt nicht anders, als das kapitalistische System fortentwickeln, Akkumulation und Zentralisation des Kapitals beschleunigen und gleichzeitig damit die Produktion einer Arbeiterklasse, die außerhalb der offiziellen Gesellschaft steht. Ob ihr den schutzzöllnerischen oder den freihändlerischen Weg einschlagt, wird am Resultat nichts ändern und kaum etwas an der Länge der Frist, die euch bleibt, bis das Resultat eintritt. Denn lange vorher schon wird der Zollschutz eine unerträgliche Fessel geworden sein für jedes Land, das mit Aussicht auf Erfolg eine unabhängige Stellung auf dem Weltmarkt erstrebt.

An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.

Wir wollen hier von den Früchten des sogenannten „Systems Bismarck“ sprechen, von den Herrlichkeiten des deutschen Reichs. Ein vollständiges Bild wollen wir aber nicht zu geben versuchen — das wäre unmöglich im Rahmen eines Artikels und auch meißer — sondern bloß einige der besten und glorreichsten Früchte sammeln, die sich im gegenwärtigen Augenblick unserer Aufmerksamkeit ausdrücken. Der „Erfolg“ ist nach Bismarck und seinen Leuten der Prüffstein staatsmännischer Tüchtigkeit; und die „Erfolge“ gerade sind es, aus denen der eifertige Kanzler den Anspruch auf Genie und ewigen Ruhm herleitet. Also greifen wir in den reich gefüllten Fruchtkorb hinein — wir wählen trotz des Überraus des reichlichen nicht die Belegenheit der Wahl, auch wenn wir das Sozialistengesetz, mit seinem meißtlich dufenden Wohlgeruch: den Lockspeisen, Demagogien, streberhaften Staatsanwälten, seinen Richtern, auf Menschenjagd dressirten Politiken, und der unfähigen Habsucht und Korruption, die es nach allen Richtungen gesiegt hat, ganz außer Acht lassen.

Da ist z. B. die harte Ruß der elsass-lothringischen Frage. Denn zu einer Frage ist sie geworden. Die Reichsländer sind richtig zu einem Deutsch-Genie geworden. Oder nicht richtig. Denn das österreichische Benehmen war italienisches Land, das mit dem deutsch-slawisch-magyarischen Despoten gar keine Stammes- und Rassengemeinschaft hatte. Die Reichsländer dagegen sind ja deutsches Land, die elsass-lothringische „wiedergewonnene deutsche Brüder“.

In wenigen Wochen sind 18 Jahre, daß wir die verlorenen, aber nein, die uns von den verkommenen Wälschen gestohlenen Brüder zurückgeholt haben an die liebende Brust der guten Mutter Germania — und andre Früchte dieser 18 Jahre Bismarck'scher Staatskunst?

Die elsass-lothringische sind eingeschuldenermaßen dem Reich heute feindlich gesinnt, als am Tage der Wiedervereinigung mit Deutschland, die sie bekanntlich voll Ingrimm verurtheilten; und mehr noch als vor 18 Jahren, ziehen sie die verkommenen Franzosen den mit allen Tugenden ausgerüsteten Bismarck'schen Deutschen vor. Da man Niemanden zur Liebe zwingen kann, und da die Fruchtlosigkeit des Liebeswerbens dem Kanzler Ehrensitzen und seinen Trabanten über jeden Zweifel hinaus klar zum Bewußtsein gekommen ist, so kündigte uns dieser Tage das Kanzlerorgan an, um die Sympathien oder Antipathien der elsass-lothringischen Länder sich kein vernünftiger, patriotischer Mensch; nicht die Reichsländer, sondern die Reichsländer habe das Reich gebraucht, und brauche das Reich — elsass-lothringische sei einfach ein Festungs-glace gegen Frankreich, und daß anderthalb Millionen Menschen darauf wägen, sei ein fataler Zufall, der aber nur für die betreffenden, höchst unfähigen Menschen, nicht für das große deutsche Reich mit Nachtheilen verknüpft sein dürfe. Und es wurde dann angefügt, daß die russische Grenzsperr zwischen Frankreich und den Reichsländern und die sonstigen „harten Maßregeln“, über welche sich sentimentale Schwächlinge erheben, noch lange nicht ausreichen, und im „Interesse des Vaterlands“ erheblich verschärft werden müßten.

Und jetzt plagen die Reptilien mit dem neuesten staatsmännischen Plan heraus und schlagen als einzig mögliches Heilmittel vor: „die Kolonisation und Germanisation der Reichsländer.“ Dieselbe Methode der Regierungskunst, welche an den polnischen Provinzen befolgt worden ist, soll in den deutschen Reichsländern zur Anwendung gelangen.

„Kolonisation und Germanisation“ der deutschen Reichsländer heißt nichts anderes, als daß die eingeborne Bevölkerung ausgerottet oder aus dem Land getrieben, und durch militärstrome, aus Steuerzahlen, Raubhalten und Soldatwerden gewöhnliche „Untertanen“ aus dem Bismarck'schen Preußen-Deutschland ersetzt werden soll!

Seit den Zeiten Kitha's, der „Gottesgeißel“, sind ähnliche Experimente in corporo vili — am gemeinen Fleische der Völker nicht gemacht worden. Und das Schönste dabei ist, daß die Bevölkerung, welche „germanisirt“, d. h. verdeutschet werden soll, fern deutsch ist, und daß in den Reichsländern die Wiege deutscher Kultur stand, daß aber das „Patrioten“-Gefindel, welches die Germanisation bewerkstelligen will, in seiner Mehrzahl erst durch Kolonisation deutsch geworden ist, und zu neun Zehnteln slavisches Blut in den Adern trägt, wie fast all diese preussischen Junker mit Bismarck an der Spitze, dessen Schödel man bloß zu betrachten braucht.

Es wird ohne Zweifel der saubere Plan nicht zur Durchführung gelangen. Er muß an seiner eigenen Ungeheuerlichkeit und Widernatürlichkeit scheitern. Die Ausführung wird jedoch versucht werden. Und das lateinische Wort: in magnis voluisse sat est — bei Großem genügt die Absicht — gilt auch von großen Verbrechen.

Dieser Plan der „Kolonisation und Germanisation“ von elsass-lothringischen genügt zur Brandmarkung des Bismarck'schen Systems. Und von der Injanie ganz abgesehen, welche lässliches Armuthszeugniß!

Im Zeitraum von 18 Jahren nicht fähig gewesen, diese anderthalb Millionen von Menschen „moralisch“ zu erodern! O die jammervollen Stämper! Und was nennt sich Staatsmann!

Doch weiter! Greifen wir nochmals in den Sack. Da ist die Schrift der Bismarck'schen Keryx, des Bergmann und der Anderen, die par ordre du moult bewirkt sollten, daß „unser Reich“ entweder durch Rechtschnitt wissenschaftlich in den Ruf des Beförderers oder durch die öffentliche, vor aller Welt, unter Trompetengeschmetter festgestellte Thatfache, daß er den Krebs habe, von der Thronfolge ausgeschlossen wurde.

Die Schrift ist im Auftrage Bismarck's und mit Erlaubnis des neuesten Kaisers verfaßt, der seinen Vater, nachdem dieser schon seit Wochen im Grabe liegt, noch nachträglich lebendig tobt und regierungsunfähig machen will — ein edles Werk, an dem auch Herr Treitschke, der verurtheilte Geschichtsfälscher, mit aller Kraft gearbeitet hat, durch einen Artikel in den „Preussischen Jahrbüchern“.

Der Artikel des Treitschke spricht es unverkennbar aus, daß „unser Reich“ eigentlich gar nicht zur Regierung hätte kommen dürfen, und daß das programmwidrige Zwischenglied — „diese traurige Episode vaterländischer Geschichte“ nennt's der Treitschke — nur einer häßlichen Intrigue zu verdanken sei.

Am Lohn für diese patriotische Leistung ist der biedere Geschichtsfälscher der Hohenzollern vom Rusterjohn Wilhelm, wie die „Kreuzzeitung“ triumphirend mittheilt, extra belohnt worden.

Die Fäden des schmutzigen Komplotts, durch welches der vorige Kaiser vom Thron fern gehalten werden sollte, sind zwar noch nicht sämtlich enthüllt und bloßgelegt — es bleibt noch viel, viel Schmutz aufzuklären — allein wir wissen doch schon so viel, daß wir einen Ueber- und Einbild haben.

Dort ein ganzer Volksstamm, in diese brutal-stümperhafte Politik ausrotten will, weil er sich mannhäufig weigert, den Nacken unter das Joch zu beugen.

Hier ein Thronerbe, der, weil er die brutal-stümperhafte Politik mißbilligt, durch das Aufgebot der nichtswürdigsten Mittel um seinen Thron geprellt werden soll, damit die brutal-stümperhafte Politik ungehindert fortgesetzt werden könne.

Das reicht aus zur Beurtheilung und zur Verurtheilung des herrschenden Systems und seiner Träger, deren staatsmännische Qualifikationen auf gleicher Höhe stehen mit ihren „sittlichen“.

Bolemisches.

Die Wiener „Gleichheit“ druckt den Leitartikel der Nr. 27 unseres Blattes „Handelt von einem Schlagworte“ ab und verzieht ihm mit folgendem Kommentar:

Wir glauben uns verpflichtet, den vorstehenden, beachtenswerthen Artikel unseres Bruderorgans unsern Lesern mitzutheilen, können aber nicht umhin es auszusprechen, daß wir nur zum Theile mit diesen Ausführungen übereinstimmen können. Wichtig ist, daß das Programm des „bürgerlichen Liberalismus“ ihn zwingen sollte und müßte, eine ganze Reihe von Fragen, besonders „die Fragen der Schule, der Steuern, der politischen Rechte“ in einem Sinne zu lösen, der der Arbeiterklasse zugute käme. Aber der Liberalismus ist eben viel allgemeiner von der Solidarität der reaktionären Interessen überzeugt, als die Arbeiter — verhält eben immer und überall sein Programm, läßt seine „historische Aufgabe“ im Stich, wo es mit seiner lässlichen Furcht vor der revolutionären Masse in Widerspruch kommt. Der Liberalismus macht dann Sozialistengesetze, Ausnahme-gesetze und „Staatsgrund-gesetze“, fabrizirt Schulgesetze, welche das Wissen für die Reichen monopolisiren, und bei den Steuern läßt er ruhig eine schmutzige Hand durch die andere waschen und nimmt Eisenbahnsubventionen für Schnaps- und Zuckerverfeuern. Auf die Spaltung des Bürgerthums zu rechnen, wäre thöricht, regelmäßig bleibt Sieger im häuslichen Kampf der „Besonnene“, d. h. reaktionäre Theil. Wenn es wahr ist, daß die Arbeiter den Satz von der reaktionären Masse immer wieder umstoßen“ und für den Fortschritt stimmen, so wollen wir uns jedes Unheil's darüber enthalten, da wir uns grundsätzlich in Verhältnisse, die uns fremd sind, nicht einmengen und überzeugen sind, daß unsere deutschen Genossen in jenen Bezirken gute Gründe für ihre Borgehen haben. Aber ebenso wahr ist es, daß die bürgerlichen Parteien, auch die radikalsten, den Satz von der Einen reaktionären Masse immer wieder aufstellen, so oft ihn die Arbeiter umgestoßen haben, und daß die Herren Fortschrittler bei den nächsten Wahlen das beweisen und in der Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und Kartellbruder sich stets für den „Ordnungsmann“ entscheiden werden.

Nein, mögen sich die herrschenden Klassen noch so grimmig befehlen, mögen sie sich um die Früchte der Ausbeutung kappeln oder in Erinnerung an dahingeschwundene Ideale, akademische Redeturniere um politische Fragen auslassen, der Arbeiterklasse gegenüber schweigt sie die instinktive Ahnung vor dem nahenden Ende und die bloße Furcht in eine reaktionäre Masse zusammen. Wieder wird sie sich ins eigene Fleisch schneiden als dem gemeinsamen Feinde einen Bortheil zu gönnen. Es mag ja heute noch die und da möglich sein, aus dem Streite zwischen den Parteien Nutzen zu ziehen, besonders wo die wirtschaftlichen Gegensätze noch weniger zugespitzt sind. Es mag sogar Splitter von Bourgeoisparteiern geben, die es noch mit der „historischen Aufgabe des Bürgerthums“ ernst nehmen. Aber sie verschwinden und sind zur Ohnmacht verdammt. Die Masse der liberalen Bourgeoisie ist fromm und loyal geworden, d. h. muerdlich und servil!

So unser österreichisches Bruderorgan.

Seine Einwände vermögen uns nicht von der Unrichtigkeit unserer Darlegung zu überzeugen. Die Verhältnisse grade in den Ländern, in denen der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit sich in den akutesten Formen abgepielt hat, strafen seine Ausführungen Lügen. Frankreich hat trotz Juniflugt und Kommune heute eine bürgerlich-radikale Partei, welche die meisten der auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung zu verwirklichenden Arbeiterforderungen in ihr Programm aufgenommen hat und, wie Figuro zeigt, keineswegs bereits „zur Ohnmacht verdammt“ ist. Auch in England ist der bürgerliche Radikalismus trotz der hohen wirtschaftlichen Entwicklung keineswegs im „Verschwinden“ begriffen, sondern fast genug, den Lorbes und dem zu ihnen übergelassenen Theil der Bourgeoisie das Leben recht sauer zu machen. Wäre der Satz von der „Einen reaktionären Masse“ wahr, so würde das neue englische Wahlgesetz, das fast dem allgemeinen Wahlrecht gleichkommt, schwerlich das Licht der Welt erblickt haben. Herr Gladstone ist nichts weniger als ein Sozialist, und doch gab er den englischen Arbeitern das Wahlrecht. Allerdings nicht aus idealistischer Schwärmerei für Freiheit und Gleichheit, allein er gab es ihnen doch und lieferte ihnen so eine Waffe, die ihre Macht erheblich steigert. Im Streit um die Wahlreform blieb er und seine Partei Sieger, und nicht der „Besonnene“, d. h. reaktionäre Theil des Bürgerthums.

Keinliche Erscheinungen können wir in andern Ländern beobachten. Daß heute in Deutschland und Deutsch-Oesterreich die Dinge sich wesentlich anders darstellen, daß hier der radikale Theil des Bürgerthums heute immer mehr in das Hintertreffen gedrängt wird, haben wir nie gelugnet. Es findet das im Zusammenwirken einer ganzen Reihe von Umständen seine Erklärung, die aber nicht durchgängig sich auf die eigenartige wirtschaftliche Entwicklung zurückführen lassen, sondern zum Theil vorübergehender Natur sind. Niemand ist im Stande zu behaupten, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung auf ihrem Höhepunkt angelangt sei, und daß wir unmittelbar vor dem Ausbruch der sozialen Revolution stehen. Wir können darüber Vermuthungen anstellen, aber wir haben keine Gewißheit dafür. Wir müssen also die Dinge so nehmen, wie sie sind. Ohne Illusionen, aber auch ohne Pessimismus.

Uns selbst ist es gar nicht einfallen, zu behaupten, daß der Liberalismus in Deutschland seine historische Aufgabe noch erfüllen wird, bevor er von der steigenden Sozialdemokratie abgelöst wird. Wir sagten ausdrücklich: „Ob er sie (d. h. diese Aufgaben) noch einmal erfüllen wird, bleibt angesichts der vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung dahingestellt.“ Wir fügten jedoch hinzu: „Soviel aber ist sicher, daß diese reaktionären Einrichtungen ihm verfaßt sind, und er sich immer wieder gegen sie auflehnt, sie aus der Welt zu schaffen sucht“, und daß dem so ist, wird unsere geschätzte Kollegin nicht bestreiten wollen.

Wir haben unsern Artikel geschrieben, nicht irgend einer bürgerlichen Partei zu Liebe, sondern um das Verständnis für die Kämpfe der Gegenwart zu fördern. Die Sozialdemokratie bildet eine politische Partei, keine utopistische Sekte, und kann daher diese Kämpfe nicht ignoriren. Das würde aber der Satz von der „Einen reaktionären Masse“, wenn er konsequent ausgefaßt wird, zur Folge haben. Wir ignoriren diese Kämpfe nicht und dürfen sie nicht ignoriren, wir nehmen an ihnen Antheil, wie wir für jede der Arbeiterklasse günstige Reform eintreten. So wenig uns aber das Letztere hindert, Kommunisten zu sein, so wenig hindert uns die Erkenntniß, daß ein fortschrittlicher Demokrat und ein konservativer Industriearbeiter nicht immer „eine reaktionäre Masse“ sind, daran, den fortschrittlichen Demokraten ebenso scharf zu kritisiren als den konservativen Industriearbeiter.

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 17. Juli 1888.

„Kaiser und Kanzler in einer Person“, das ist die neueste Schmeichelei, mit welcher der Hausmeier seinen etwas eigenartigen Wübel umwickelt und eingewickelt hat — und der Wübel glaubt das auch, gerade wie er den neuen „alten Fritz“ glaubt. Man muß die Sterne des Gläubigen betrachten, um den Glauben glaubhaft zu finden. Kroppos, daß der Hausmeier zu so glatten Schmeicheleien seine Zuflucht nimmt, das hat uns doch einigermaßen überrascht. Wir hatten ihm bisher wenigstens eine Eigenschaft zugetraut, die zwar kein Zeichen einer edlen Natur ist, aber doch unter Umständen etwas „Großes“ hat, nämlich eine gewisse Verachtung der Menschheit, und zwar der hohen wie der niedrigen. Als Kanzler Eisenstein im März d. J. zu Leipzig dem Révérent aus Italien auf dem Bahnhof beglückete, und — aus dem einen oder anderen Grunde — nicht zu dem Diner der kaiserlichen Familie zugezogen ward, fürzte er lachend ein Wasser-glas voll Cognac hinunter, und gleich darauf ein zweites, so daß den zugehenden Beamten die Augen übergingen. Und wie man weiß, hat er sich von Fackeltänzen, Hocketen und sonstigen Künzereien stets fern gehalten, und — wenn er in Stimmung war — sich über die höchstgestellten Personen mit einem Zynismus geäußert, der seine grenzenlose Verachtung für diese Menschenorte bekundet. Und daß er da mit seiner Verachtung Recht hat — wer wollte es leugnen?

Kuch seinen jetzigen Wübel hat der Hausmeier keineswegs geschont, obgleich er ihn auf jegliche Weise zu umgarnen suchte, und sich ihn seit Jahren zu einem „weiten Wilhelm I.“ heranzieht. Freilich richteten sich in diesen Fällen die giftigen Worte meist zugleich auf die verhaßte „Engländerin“, die allein — ihr Mann, der eine sehr passiv Natur war, ist dabei nicht ausgenommen — in jenen Kreisen ihm Widerstand zu leisten wagte. Die „Kropfgröße“ Engländerin sollte daran schuld sein, daß der Entel Wilhelms des Heldengroißes ein „Krüppel“ sei, „vor dem kein rechtschaffener Soldat Respekt haben könne“ — und was ähnlichen Geredes noch mehr ist. Nun — woher der „Krüppel“ kommt, das wissen wir jetzt. Es ist echt hohenzollern'sche Blutvergiftung. Der Krebs, unter dessen Zeichen das Hohenzollernreich steht, ist Familienkrankheit. Auch Prinz Friedrich Karl, der vor zwei oder drei Jahren plötzlich verstarb, litt am Krebs, obgleich der Tod nicht unmittelbar durch dieses furchtbare Leiden, sondern durch einen Schlaganfall à la Toboleff herbeigeführt ward. Die „Bärsenkrankheit“ äußert sich nicht bloß geistig, sie verdirbt auch den Körper, und die Hohenzollern-Dynastie, die bisher so stolz war auf ihre „unverwundliche“ Gesundheit und ihren sprichwörtlichen Straußenmagen, der mit dem Magen der Kirche weitesterte — sie hat dem allgemeinen Loos der Merovingen, der Bourbonen und der Stuarts, der Habsburger, der Wittelsbacher u. s. w. nicht entgehen können. Die Thatfache aber, daß auf dem Thron des „Stammes“ Soldatenreich, dessen König nach einem hohenzollern'schen Braut auch an Körpergröße und Rechenhaftigkeit seine Soldaten überragen sollte, ein Krüppel sitzt, ein „Kropfgröße Krüppel“ — um des Hausmeiers unregelmäßigen Ausdruck zu gebrauchen — das ist ein bedenkliches momenta mori. Und ein neuer Beweis dafür, daß das Prinzip der Erblichkeit auch vom monarchischen Standpunkte aus nicht taugt. Da war die römische Kirche klüger — vernünftiger weil die Päpsten schon frühzeitig die Naturwissenschaften kannten. Sie brauchten die Zentralkraft der Einheitskraft — sie sorgten jedoch durch die Papstwahl dafür, daß ihnen der Zufall der Geburt keinen körperlichen oder geistigen Krüppel auf den Stuhl Petri setzen konnte.

Heute — am Ende des 19. Jahrhunderts — ist es zu spät, den Fehler wieder gut zu machen. Die Monarchie wird erblich bleiben, so lange es noch Monarchen gibt.

Nicht daß wir Sozialdemokraten an die Degenerierung der Dynastien-Rassen irgend welche Hoffnungen knüpfen. Wir sind keine Fatalisten, obgleich wir wissen, daß die geschichtlichen Entwicklungsgesetze nicht willkürlich vergewaltigt werden können, weder von oben noch von unten. Es fällt uns nicht ein, die Hände in den Schooß legen zu wollen; und hat auch die Nationalökonomie keine Arme und keinen Kopf, wie der verstorbene Stitzhorpe einst im englischen Parlament sagte, so haben doch diejenigen Arme und einen Kopf, welche unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen zu leiden haben und deren Ungerechtigkeit bitter an sich empfinden. Und die Sozialdemokratie wird unablässig bemüht sein, diese Millionen von Köpfen wissend, und diese doppelten Millionen von Armen thatfährig zu machen.

Ganz „im Sattel“ ist der Hausmeier beiläufig noch nicht. Der Geist des todtten Friedrich ist ihm arg im Weg — und er ist schlimmer als Banquo's Geist, der nur von dem Mörder gesehen wurde. Der Geist ist überall und Allen sichtbar — und überall und immer liegt er den Söhnen an, und liegt er den Kanzler Eisenstein an, nebst dessen Spinnweben, daß sie dem todtten Kaiser die kurze Spanne Lebens nicht gönnen, die ihm vom ehernen Schicksal zugemessen war, daß sie die Krone ihm nehmen wollten, und daß sie auf jegliche Weise mit junkerlicher Habsucht und päpstlicher Hinterlist ihn verunglimpft haben. Und fortwährend verunglimpft.

Die „Hunderttage“ des Schattenkaisers haben sich tief eingegraben in das Herz und in die Phantasie des Volks, und das Schattenthron, verbunden mit dem Ungewöhnlichen, dem Tragischen, hat den Eindruck nur vertieft.

Ein früher Tod ist oft von den Dichtern als höchstes Glück der Helden gepriesen worden.

Der frühe Tod des zweiten Hohenzollernkaisers hat ihm in der Geschichte und im Andenken der Menschen einen Platz gesichert, den er noch einnehmen wird, wenn der blutige Ruhm und das militärisch-politische Prestige der übrigen Hohenzollern längst verblaßt und der Verachtung anbehangen ist. Ein König und Kaiser, der keinen Rassenmord veranfaßte, keine Menschenjagd trieb, das Recht nicht mit Füßen treten hat — das ist allerdings in der Geschichte noch nicht dagewesen. Das ist ein Wunder, dem kein zweites an die Seite gestellt werden kann, ein einziges Wunder im vollsten Sinne des Wortes — ein Wunder, welches nur dadurch möglich ward, daß zu dem — bei Monarchen schon seltenen — Requisite des guten Willens die Bewirklichung des bis dato noch niemals verwirklichten konstitutionellen Ideals kam, nach welchem der Monarch nicht Unrecht thun kann. Der Krebs mit seinen unerbittlichen Parzelscheeren hat da ein Problem gelöst, an welchem sich die sämtlichen parlamentarisch-konstitutionellen Staatskünstler die Hände auszuwaschen hatten.

Ein König und Kaiser, der nicht Unrecht thun konnte — das wird die spätesten Geschlechter noch mit Staunen erfüllen.

Genug — die „Legende“ vom Kaiser Friedrich, dem die niedrige Parteimitz der sogenannten vornehmsten Spitzen des Staats und der Gesellschaft noch im Grab keine Ruhe läßt, ist dem Kanzler Eisenstein und seinem Wübel, dem „Kaiser und Kanzler in einer Person“, doch sehr unbecquem, und sie müßten schon ziemlich viel Wasser in ihren Wein — Verzeihung: in ihren preussischen Schnaps gießen. Wer die Ansprachen des Rusterjohns an „sein Heer“, an den Reichstag und an den preußi-

*) Französisch. Das Wort heißt ein Zurückkommender, und ein Geipen.

den Landtag der Reichsfolge nach auf den Ton und Inhalt prüft, (wie ich finde, daß das reaktionäre Gift in den späteren Schriftstücken wesentlich abge schwächt worden ist.)

Natürlich ist diese Abkündigung eine Konfession an die öffentliche Meinung und das beleidigte Volksgedächtnis — insofern daß man sich zu einer solchen Konfession verstehen mußte, ist immerhin nicht ohne eine gewisse Bedeutung. Der neue „alte Feind“ merkt, daß auch sein Hohenollernschädel sich nicht durch die Wand stoßen läßt. Und er wird doch noch besser lernen.

Auch der Spaziergang nach Petersburg dürfte dem jungen Mann einige Enttäuschungen bereiten. Die überhöchlichen Hoffnungen auf die russische Allianz und auf die Erneuerung der „heiligen Allianz“ sind bereits wie Seifenblasen zerplatzt. England, das schon die erste „heilige Allianz“ zu Fall brachte, durchkreuzt alle Pläne, und da weder Österreich noch Italien eine deutsch-russische Allianz beitreten können, dies also das Ende des famosen „Dreiecks“ zur unaussprechlichen Folge hätte, so wird der neue „alte Feind“ seinen Spaziergang nach Petersburg — pour le roi de Prusse machen, wie sich das für einen König von Preußen ziemt.

— Klerikale Enthaltungen. Unter dieser Ueberschrift schreibt die Berliner „Volkzeitung“:

„In dem neulich von uns bereits erwähnten Buche des Geheimraths Schneider „Aus Kaiser Wilhelms Leben“ (Berlin, Otto Janke) findet sich (II., 129) folgende merkwürdige Stelle:

An die Stelle der Fortschrittspartei war jetzt (1870) schon die sozialdemokratische oder die sogenannte Arbeiterbewegung getreten, welche überhaupt um diese Zeit eine große Ausdehnung gewann. Streiks, Affektionen und Meetings aller Art fanden statt. Bis jetzt hatte diese Erscheinung unsere leitenden Staatsmänner ziemlich kalt gelassen, ja man schien sich derselben zur Einschüchterung für die Fortschrittspartei bedienen zu haben, nach welcher Richtung hin sie auch immerhin gut gewirkt haben mag. Nun sind die Sache aber doch an den Protektoren über die Köpfe zu wachsen.

So der Vorleser weilsand Kaiser Wilhelms I. Die Bedeutung dieser Sache wird dadurch natürlich noch erheblich gesteigert, daß nach der durch mehrere Familien der kaiserlichen Handchrift beständigen, Versicherung des Verfassers, Kaiser Wilhelm das Manuskript dieses Werkes durchgesehen und, soweit es Unrichtigkeiten enthielt, durch Ergänzungen und Streichen verbessert hat. Die obige Stelle ist dem kaiserlichen Stifte nicht zum Opfer gefallen.“

Nun, der alte Wilhelm mag wohl gedacht haben, daß es in dieser Beziehung überhaupt nichts mehr zu verheimlichen gibt. Die Thatsachen sind zu allgemein bekannt. Uns interessiert an der Ausplauderei auch weniger die Mittheilung über die demagogische Ausnutzung der Arbeiterbewegung seitens der Herren „Protektoren“, als das naive und darum um so werthvollere Zugeständnis, daß die „Protektoren“ sich bei ihrem Spiel gehörig die Finger verbrannt, daß Herr Bismarck und Konforten hauptsächlich die Rolle des Zauberkünstlers gespielt haben. Wir haben das oft hervorgehoben, aber es freut einen auch, es öffentlich konstatirt zu sehen.

Heute versuchen dieselben Künstler, den Anarchismus in gleicher Weise gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, wie ehemals diese gegen die Fortschrittspartei. Aber leider bleibt hier die erwünschte Wirkung ganz aus. Die Sozialdemokratie läßt sich nicht einschüchtern, und den Anarchismus bringt es nicht zum Wachsen. Merkwürdig! Ob da nicht ein Zusammenhang besteht?

— Die Jugend. mit der man am Berliner Hofe dem Tode des Kaiserthronerben entgegen, und die ja in dem Verluße, Friedrich in San Remo schon zur Abdankung zu — überreden, sich gar zu früh in die Öffentlichkeit gedrängt hatte, wird nachträglich durch verschiedene Berichte in amerikanischen Blättern prächtig illustirt. Es liegt zwar sonst nicht in unserer Gewohnheit, dem Hofstaat und den Hofsondalen besondere Aufmerksamkeit und Raum zu schenken, aber angesichts des Gerüchtes der deutschen Presse und der byzantinischen Verschimmelung des neuen Kaisers, wie sie gegenwärtig in Deutschland in Schwunge, ist es doch angebracht, auch die Stimmen der ausländischen Presse zu registriren. So werden dem „New-York Herald“ über die „ersten Thaten“ des neuen Kaisers folgende charakteristische Einzelheiten mitgetheilt:

Kaiser Friedrich starb 12 Minuten nach 11 Uhr am Freitag Morgen. Der Kronprinz Wilhelm stand mit anderen Mitgliedern der Familie an des Kaisers Sterbebett. Im Moment des Todes verließ der Kronprinz das Zimmer und gab seinem Adjutanten, Major Baron von Ragner, Befehl, den Palast durch einen neuen Kordon von Truppen umgeben zu lassen, sandte ferner einen anderen Offizier aus, um das Gardehusaren-Regiment zum Patrouilliren zu befehlen und es anzuweisen, Niemand passieren zu lassen. Die Husaren kamen im scharfen Trab an und erfüllten ihre Pflicht vorzüglich. Selbst Dr. Rackenzy war für eine halbe Stunde ein Gefangener und die vom Hofmarschall Fürst Radosin Radosinsky und Graf Sodenborn, dem Kammerherrn des Kaisers, ausgestellten Pässe waren innerhalb zwei Minuten nach dem Tode Friedrichs annullirt. Ganz Potsdam wurde von Truppen abgestreift, gerade als ob ein Krieg ausgebrochen wäre.

Diese ganz unndthige militärische Maßregel war der erste Akt des neuen Kaisers; der zweite war die Anordnung, daß die kaiserliche Kurpurschankarte auf seinem eigenen Palaste aufgehoben werde. Fünf Minuten nach seines Vaters Tod war es geschehen. Es wurde also nicht viel Zeit verloren, um die neue kaiserliche Autorität geltend zu machen.

Niemand mag viel über diese Dinge zu sagen, aber sie verursachen Beunruhigung und werden als Vorzeichen von dem betrachtet, was da kommen wird. Ein einflussreiches Mitglied des Reichstags, nicht ein Sozialist, sondern ein edler Nationalist, sagte zu mir:

„Ich sehe Gefahr für Deutschland im Anzug. Die Kaiser Wilhelm und Friedrich haben beide friedlich in ihren Betten. Aber unser junger und energischer Kaiser Wilhelm wird, wie Ihr Amerikaner sagt, „in seinen Stiefeln sterben“. Ich glaube nicht, daß die Gefahr eines Krieges ernstlich besteht, dagegen werden die provokatorischen militärischen Maßregeln eine Stimmung in Deutschland hervorzurufen, welche innere Streitigkeiten und eine Erhebung der Sozialisten hervorzurufen werden. Die unmittelbare Wirkung von Wilhelms Regime wird die Verneuerung der Auswanderung von Deutschland nach Amerika um 80 Prozent sein.“

In den Augen der Nationalisten, die ja von denen der Polizei nicht grundverschieden sind, spiegeln sich natürlich die Zustände so, daß er, der biedere Nationalist, fürchtet, die Provokationen der deutschen Polizei und Willkür-Despotie „werden eine Erhebung der Sozialisten hervorzurufen“, während die fromme Polizei des strammen Wilhelms eine solche Erhebung eben hervorzurufen hofft und frecht. Und wenn die Sozialisten trotz Allem und Allem dem „herlichen Kriegsherrn“ nicht die erwünschte Gelegenheit geben, daß die Hände schießt und der Säbel haut, so wird man doch mit Hilfe der Nichtstreitenden Puttkamerischen „Nicht-Gentlemen“ ein Attentat à la Hübner zu Stande bringen, das für eine Zeit lang wenigstens auch seine Zwecke erfüllen wird. Eins von den beiden Gespenstern wird keine Pflicht thun, sei es das Rote Gespenst oder das Kriegsgespenst — vielleicht auch beide!

In einer andern Depesche wird die Frage, warum Wilhelm II. sofort nach erfolgtem Tode seines Vaters Schloß Friedrichstron militärisch umlagern und alle Inassen des Schloßes für eine Zeit lang förmlich gelangen halten ließ, folgenbermaßen beantwortet:

Friedrich hatte während seiner Krankheit Memoiren über die Geschichte derselben verfaßt, sowie über die Unterhandlungen, die man mit ihm in San Remo zum Zweck seiner Abdankung gepflogen hatte; auch befanden sich darunter Aufzeichnungen über die vielen Dirren, welche die Partei seines Sohnes und Bismarcks ihm bereiteten. Diese Memoiren wollte der gute Sohn konfiszieren. Aber trotz schändlichen Suchens fand er sie nicht; die Rama hatte ihr zuvor die Papiere anderwärts in Sicherheit gebracht.

Und bekanntlich kolportirte die Reptilpresse letzter Tage selbst die Nachrichten, Bismarck und Wilhelm hätten einen Spezialgesandten nach England geschickt, um von der Grosmutter die Herausgabe dieser Papiere zu verlangen. Für so verstanden darf man aber doch wohl den genialsten Staatsmann unseres Jahrhunderts nicht halten — trotz seines schlechten Gewissens.

— Da müssen die Elsas-Lothringer ja gute Deutsche werden. Die drei ersten Vereine in Schilligheim im Elsaß, sind von der dortigen Kreisdirektion u. A. angewiesen worden, ihre Vereinsnamen in deutsche umzuändern. Die drei Vereine heißen: Gesangsverein „Harmonie“, Turnverein „Konordia“ und Musikverein „Banfare“.

Hoffentlich ist einer der drei Vereine so glücklich und nennt sich von jetzt ab — Kreisdirektion. Das ist gewiß ein besseres Deutsch als „Harmonie“.

— Mit energischem Protest wendet sich der „Grüßliker“ in einem „Die Politik der Baumwollenen“ überschriebenen Artikel gegen eine in verschiedenen Schweizerblättern veröffentlichte „Epistel eines Herrn Rationalisten und Großfabrikanten“, worin dem Grüßliverein die Letztion gelesen und sein in Glarus gefaßter Protestbeschluss gegen die bekannten Ausweisungen als eine Art Landesverbrechen tadelnd wird. Weshalb? War nicht etwa aus politischen, sondern aus Geschäftsgründen: der gute Mann hat Angst, solche Beschlüsse könnten den „nachbarlichen Regierungen“ unangenehm sein, wodurch das handelsrechtliche Bemühen, durch „alle möglichen Anstrengungen“ Zollkonventionen zu erlangen, durchkreuzt zu werden Gefahr laufe . . .

„Also wäre Alles, worauf es eigentlich ankommt, Nebensache,“ schreibt dazu unser trefflicher Kollege.

„Ob eine Ausweisung innerlich sich rechtfertigt oder nicht, ob sie der stolzen Geschichte der Republik ins Gesicht schlägt oder nicht, ob sie sich mit unseren Gesetzen und unserer Auffassung von schweizerischer Freiheit vereinbaren läßt oder nicht — darnach zu fragen wäre eine Lappalie. Das „Recht, Landesverläßlichkeit“, was „Treu und altschweizerischer Treue“, was „Männerthum vor Königsthronen“, das sind alles Dummschmerzen; es kommt nur darauf an, was den „nachbarlichen Regierungen“ (nicht etwa Völkern!) in die Augen paßt; es kommt darauf an, die fremden Nachbarn „freundlich“ zu stimmen, damit sie in Zollsachen und dergleichen mit sich reden lassen; was wir über Alles sehen müssen, das ist das Handelsinteresse unserer Spinner und Weber und sonstigen Grobhandwerker; dieses Handelsinteresse ist weit wichtiger als die Reinhaltung des Wappenschildes unserer Freiheit; raus mit Allen, die diese Freiheit etwa zu einem Wort, das unsern und den fremden Herren nicht gefällt, „mißbrauchen“!

Wir gestehen, so verkrämert und verjudet sind wir allerdings nicht, um uns zu dieser Politik bekennen zu können; wir haben im Grüßliverein eine andere Auffassung vom Republikanismus; das Studium der Geschichte des Landes gab uns andere Lehren. Wir meinen, die Republik müsse sich als Republik auch zeigen und geben nach Außen; sie sollte, wenn dem monarchischen Nachbar der Windhauch der Freiheit umher, diese Abneigung nicht auf ihr eigenes Thun und Lassen übertragen; sie dürfe sich nicht nach fremden Winden, sondern habe sich einzig zu richten nach dem republikanischen, demokratischen Geist, der ihren Ruf und ihre Stärke begründete. Die Schweiz ist nicht geworden, was sie ist, durch Bündnisse und Hölzer; wollte sie die Politik des Hölzlers jetzt lebendiger machen, so wird man auch die Erfahrung machen, daß nur fortwährende Demüthigungen und schließlicher Rückfall resultiren.

„Sich ducken und Nachsicht geben ist nicht Jedermanns Sache. Der Grüßliverein ist nicht dazu geboren; es war auch nicht alter Schweizer Art. Wenn trotzdem der nationalrätliche Epistelreiber, der eben auf einem anderen Standpunkt steht, die Grüßliker beschuldigt, daß sie sich „seit einiger Zeit“ zu Handlungen „verleiten“ lassen, welche sehr gegen die Interessen des Vaterlandes sind“, so weisen wir diese leichtfertige Anklage entschieden zurück. Der Grüßliverein hat in solchen Fragen nie eine andere Stellung eingenommen, als die der Hochhaltung der altschweizerischen Traditionen. Er wird dabei verbleiben. Freiheit und Ehre sind das Höchste; man soll sie nicht verhandeln wie ein Stück Baumwolle oder Röhre!“

Das ist würdig und acht republikanisch gedacht, aber gerade deshalb gar nicht nach dem Geschmack der bürgerlichen Prozentpatrioten, die in der Politik den Ton angeben. „Kann man von Freiheit und Ehre leben? Werken Freiheit und Ehre Profit ab?“ — denken sie nach Analogie des tapferen Sir John und welchen müthig einen Schritt nach dem andern zurück, dem großen Nachbar zu Liebe, auf daß er ihnen gnädiglich einige „Zollkonventionen“ zukommen lasse.

Und wenn ihr Kalkül noch richtig wäre! Aber die erleuchteten Herren vergessen dabei, daß bei den Zollfragen das politische Wohlwollen gar keine Rolle spielt, sondern lediglich Wirtschaftspolitisches und Fiskalinteressen entscheiden. Die deutschen Großfabrikanten sind zwar sehr „reichstreu“ Leute, aber auf einen Profit verzichten, nur damit ihren Schweizer Konkurrenten für ihr politisches Wohlverhalten eine Belohnung zu Theil werde, das lassen ihre heiligsten Grundsätze, ihre Geschäftsprinzipien nicht zu. Verschließt Deutschland gegen einen so guten Verbündeten, wie Österreich, seine Zollgrenzen, so wird es dem Schweizer Fiskus schwerlich seine Thore öffnen, selbst wenn man ihm aus lauter Gütlichkeit auch noch den verhassten Namen der Republik opfert.

— Der neue Puttkamer hat noch kein Lebenszeichen von sich gegeben. Es wäre zu wünschen, daß es immer so bleibe. Allein das ist nicht zu erwarten, und was dem Herrn Polizeiminister etwa an Eifer abgehen sollte, das wurde durch den egyptischen Eifer der untern Polizeidirektoren sehr und hundertfach ersetzt.

— Herr von Ehrenberg ist ein glücklicher Mann. Während die anderen Hoch- und Landesverräther — die Dieb, Appelt und Konforten — auf viele Jahre ins Zuchthaus oder ins Gefängnis geschickt werden, befindet er sich auf freiem Fuß, lebt sogar, wie man uns aus Deutschland schreibt — er, der „ablige“ Hadenichts — unter dem falschen Namen Herr von Ernst bei Regas in Wiesbaden unter den Augen der Wiesbadener Polizei auf einem großen Fuß, und schreibt Bücher. Die gerichtlichen Vernehmungen bezüglich seiner Thätigkeit in der Schweiz und an anderen Orten haben zwar die belastendsten Momente zu Tage gefördert — Material, von dem ein Kaufmann nach der landesüblichen Praxis ausreichen würde, um jeden ehrlichen Menschen, namentlich wenn er Sozialdemokrat ist, in Unterjochung zu bringen — aber die Herren Untersuchungsrichter sind so liberal, wie die Herren Protektoren in Berlin es anbesohlen haben. Welche Bewandniß es mit dieser Liberalität hat, das müssen die Leser des „Sozialdemokraten“. Wir haben es in Deutschland nachgerade so herrlich weit gebracht, daß man ein „Nicht-Gentleman“ sein muß, um seitens der Richter und Polizisten anständig behandelt zu werden. Wen unsere Richter und Polizisten nicht mißhandeln, der kann kaum mehr für einen Gentleman gelten.

Kepros, wenn von Nicht-Gentlemen die Rede ist, muß man an den Puttkamer denken. Und beim Puttkamer fällt uns eine Anekdote ein. In einer berühmten Stadt Deutschlands lebt eine berühmte Sängerin, die zwar einen Mann hat — ja die Juma spricht ihr sogar zwei Männer, ihr angetraute Ehemänner zu — aber daneben auch verschleierte Liebhaber. Der eine derselben, welcher den bösen Sozialdemokraten die „freie Liebe“ und das „Theilen“ mit stilllichem Pathos vorzuwerfen pflegt, hat zwei Söhne, die er eines Tages in die berühmte Stadt zu der berühmten Sängerin mitnahm. Unter gesellschaftsdrehtenden, familienerhaltenden Tugendboden kommt Derartiges vor. Wohin, die berühmte Sängerin, welche eine sehr hübsche Frau ist, geht auch den beiden Söhnen, und siehe da: ein Vertrag ward abgeschlossen zwischen Vater und Söhnen, und das brave Riechblatt theilte sich in die berühmte Sängerin. Wenn das nicht „freie Liebe“ und „Theilerei“ war oder ist — denn die Geschichte spielt in neuester Zeit — was ist es dann, Herr Puttkamer?

Wir vertragen vorhin zu schreiben, daß der Ehrenberg'sche Opus fertig ist. Es betitelt sich: „Demokratische Moral und Justiz“, aus den Erlebnissen eines Deutschen in Zürich, zugleich ein Beweis für die Nothwendigkeit von Ausnahmemaßregeln gegen diejenigen, welche bei uns Zustände anstreben, die den Züricher Staatsverfassungen gleichen. Von R. v. Ehrenberg. 14 Bogen Oktan. Verlag von Hermann Kiesel und Compagnie, Hagen in Westfalen. Der Titel ist lang, sonus und doch deutlich. Also Ausnahmemaßregeln nicht Koff gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Fortschrittler, denen ja von der Norddeutschen Allgemeinen bei jeder Gelegenheit nachgesagt wird, sie erziehen die Republik, d. h. „Zustände, die den Züricher Staatsverfassungen gleichen“.

Die Kollegen Haupt und Schröder verunglückten voriges Jahr mit ihrem Material für die Expatriationsgesetze. Der ehr-

geizige Ehrenberg will gleich Material für ein Ausnahmemaßgesetz gegen die Fortschrittler liefern. Des Brot ich eh, des Dieb ich sing, denkt der patriotische Landesverräther. Und darum schrieb er auch schon vor Erscheinen obigen Pamphlets, er, der Majestätsbeleidiger und Fürstenerfreier ex officio, unmittelbar nach dem Tode des alten Wilhelm eine spezialliterarisch-fermelnde Verfertigung-Broschüre auf den Kaiser Wilhelm I. und ließ sie in Wiesbaden unter seinem Namen „Wilhelm v. C.“ publiziren.

Auch ein Beitrag zur Sittengeschichte des zweiten deutschen Kaiserreichs.

— Wie die Arbeiter bestohlen werden. Die Art und Weise, wie die Kohlen-Arbeiter bestohlen werden, schildert ein Korrespondent aus den Revieren Jowa's wie folgt:

„Da die Arbeiter nur für die Kohlen bezahlt bekommen, welche nicht durch das Sieb fallen, liegt es im Interesse der Kohlenbarone, möglichst große resp. weite Siebe zu haben. So wurden diese Raubinstrumente denn auch allmählig verbessert, d. h. die engeren durch weite ersetzt, so daß jetzt bereits Siebe gebraucht werden, wo 2 1/2 bis 3 zöllige Brocken durchfallen. Die durchgefallenen Brocken werden gleich den anderen auf den Markt gebracht und verkauft, nur wird der Lohn für's Graben derselben auf die Weise „erspart“. Ein weiterer Schwindel, wodurch den Kohlenkaven selbst dieser letzte Rest des Lohnes, welchen sie für die Kohlen erhalten, die nicht durchgefallen sind, gestohlen wird, ist das Trucksystem. Diese freien amerikanischen Souveraine haben nämlich das Recht, zu wählen, entweder ihren ganzen Verdienst nach dem Kompagnie-Store zu bringen, für schlechte Maaren zu bezahlen, was verlangt wird, oder sie können gehen. Gehen! etwa zur nächsten Kohlengrube, um dort für den gleichen oder gar besseren Lohn der Arbeit zu bekommen? Bewahre! Geht so ein „freier Amerikaner“ in eine Mine, so ist er in alle „gegangen“, denn die Kohlenbarone haben eine Verschwörung gebildet, und führen eine „schwarze Liste“. Selbst die Gesetze sind für die Kohlen, sagte kürzlich ein Kleinbürger von Des Moines, als wenn Gesetze überhaupt jemals für's arbeitende Volk was genutzt hätten.“

Ja, das ist in Amerika! wird der deutsche Spießbürger hier mit patriotischem Hochgefühl entgegen. Aber in Deutschland ist es in dieser Beziehung nicht besser. Die „Frankfurter Tagespost“ berichtete letzter Tage über ein ähnliches Raubsystem, das an Arbeiterinnen in Hof praktiziert wird. Darnach wird in einer dortigen neu eingerichteten Fabrik für ein Betzeug, welches 60 bis 82 Meter lang sein soll, 8 Mark Lohn bezahlt. Nun ersieht aber kein Arbeiter, wie lang die Stücke wirklich sind, denn in das Lohnbuch wird das Längenmaß nicht eingeschrieben. Eine Arbeiterin, welche einmal darauf beharrte, das Längenmaß der Stücke zu wissen, erfuhr, daß es statt sechzig 74 Meter waren. Sie hat aber bis zum heutigen Tag für die 14 Meter, die zu viel waren, noch keinen Pfennig bekommen; das macht 70 Pf. bei diesem einen Stück Betzeug. Vor ein paar Jahren wurde bekanntlich über ähnliche Praktiken aus einer schweizerischen Fabrik berichtet, wo es schließlich zu einem allgemeinen Aufstand der Arbeiter kam und die Behörde zu Gunsten der Arbeiter intervenirte. — Schon im Jahre 1878 bei der damals im Gange befindlichen Revision der Gewerbeordnung beantragte unser Genosse Rottler, der damals im Reichstage saß, einen Paragraphen, nach welchem die Textilfabrikanten verpflichtet sein sollten, bei Uebergabe der Materialien an ihre Arbeiter in oder außer dem Hause schriftliche Arbeitsverträge (Schuß- oder Musterzettel) auszustellen, welche neben anderem auch eine genaue Angabe des Lohnes für ein bestimmtes Quantum Arbeit enthalten sollten. Natürlich wurde dieser Antrag abgelehnt. Wäre er angenommen worden, so könnten Schwindelacten wie die vorstehend aufgeführten nicht mehr vorkommen. Aber der „Betrag“ ist eben nicht bloß Monopol des Maaren-Dandels, sondern wird auch der Waare Arbeiter gegenüber praktiziert, und zwar von Rechts wegen.

Hierin unterscheidet sich der „libelkomme“ Engländer so wenig vom „altheitlichen“ Franzosen als der „herzlose Yankee“ vom „gemüthvollen Deutschen“. Und auch die katolischen Köhler und Waisenhäuser (J. A. in Frankreich) betreiben die Kinderausbeutung mit der gleichen schamlosen Raffinirtheit. Auf dem Gebiete der Oekonomie sind eben die bürgerlichen Begriffe von Recht und Unrecht ebensowenig anwendbar als die Moralbegriffe von gut und schlecht. Unser heutiges Produktionssystem kennt nur einen Codex, und der heißt: Profit. Was den Profit fördert, ist gut und Recht, was ihm Hindernisse oder Beschränkung auferlegt, ist Unrecht, schlecht, unmoralisch!

— Ran schreibt uns: Aufgepaßt! Die Nicht-Gentlemen des ordnungsgemäßen Epitogelegens Kräger in Berlin haben neue Instruktionen erhalten. Mehrere derselben wurden bereits vor der Ausweisung unserer Genossen aus der Schweiz nach England vorgeföhren, um sich mit den „bewährten Händen“ dafelbst zu „neuen Thaten“ zu vererzigen.

Das schweizerische Asylrecht ist glücklicherweise „untergebracht“. Die „Freiempolizei“ der Republik wird immer mehr im Geiste des preussischen „Statthalters“ zu Bern geleitet. Die Denunziantenpresse kontrollirt und dirigirt das republikanische Schwärmer-Regiment öffentlich mit einer Unverfrorenheit, die auf sehr „einflussreiche“ Hinterleute schließen läßt. Es ist also genügend dafür gesorgt, daß in Bern ein Rückfall in vorputtkamerische Klären nicht sobald erfolgen kann.

Jetzt wird „der zweite Streich“ vorbereitet. Was an Nachern vom alten System zur Korruption der internationalen Arbeiterbewegung und speziell der deutschen gerettet werden konnte, frecht bereits die Finger (allerdings momentan noch unter der Decke) auch gegen das Asylrecht in England aus.

Charakteristisch in dieser Hinsicht ist die Thatsache, daß der Freund und früherer Mitarbeiter des deutschen Polizeispions Schröder in Wiesbaden, Zürich, der Mechaniker Josef Kaufmann, aus Österreich, Stellmacher's Antimus und Rathgeber, gegenwärtig als Gründer und Hauptwortführer einer „Gruppe“ im Poplar im Ostende Londons fungirt, die sich „international“ und „sozialistisch“ (oder „sozialdemokratisch“) nennt und beirat in deutschen Arbeiterkreisen Boden und Anhang zu gewinnen sucht.

Was für Zweck wohl der Herr mit dieser Wiederaufnahme seiner früheren Thätigkeit im Auge hat? Sollen vielleicht „neue Thaten“ ausgeführt werden, Thaten, durch welche wie das schweizerische, so auch das englische Asylrecht durchlöcher werden könnte? — Josef Kaufmann, derselbe, von welchem attemmäßig festgehalten wurde, daß er den Polizeispion Schröder mit der Berliner Polizei in Verbindung brachte, als Gründer und Wortführer einer „sozialistischen, internationalen“ Arbeitergruppe, das spricht deutlich genug dafür, daß die deutschen Arbeiter in England gegen alle Krugänderungen erwählter Art vorzüglich zu sein und in erster Linie Leuten wie Josef Kaufmann oder dessen Freunden (auch Werkzeugen) überall, wo sie sich bilden lassen, das Handwerk mit allem Nachdruck zu legen haben, wollen sie nicht selber in der Schweiz begonnene Henterarbeit forscher helfen.

Man lese die in der deutschen Reaktionspresse laufend kolportierten Klarnachrichten über in England geplante Attentate, reizen und die fortgesetzten Anstrengungen, uns und speziell unsere Freunde in Deutschland in möglichst direkten Zusammenhang damit zu bringen.

In diese Kategorie gehören auch die Nachrichten eines Londoner Spezialkorrespondenten über die „Uebernahme der Redaktion des „Sozialdemokraten“ und Führung der Partei durch Genosse Radow in London“, aber „Ueberbringung eines „literarischen Mittel“ durch den Abgeordneten Singer und dergleichen Polizeischwindel mehr, der sich mit Vorliebe aus der „Norddeutschen Allgemeinen“, dem Leiborgan des Herrn Reichskanzlers und seiner Revutaten in die verordnete Presse verliert und auch in gewissen Schweizer Blättern ein freundliches Asyl gefunden hat. — Willst Du wissen, wer ich bin, so frage, mit wem ich gehe.

— Zur Korruption der oberen Zehntausend. In deutschen Zeitungen voriger Woche findet sich folgende Notiz:

„Ein in Sportkreisen vielbesprochener Vorfall ereignete sich am Sonntag in Hamburg. Beim norddeutschen Derby feuerte der den Besuchern der Berliner Rennbahnen wohlbekannte Jockey M. Smith Herrn Döhl'schläger's „Badisch“; der Hengst schnür sehr leicht ab. Das Reiten wurde wohl manchem Sportsman eigentümlich vorgekommen sein, denn

Herr Deffschlager ließ Smith vor das Direktorium des Hamburger Rennflusses rufen, damit derselbe daselbst wegen seines Reitens Kunststück ertheile. Ein bescheidenes Moment soll sich gegen Smith wegen unfairen Reitens nicht ergeben haben. Am Montag, als Sopp, Radischah im Hanf-Rennen ritt, gewann der Dreijährige das Rennen ziemlich leicht. Die Distanz betrug freilich hier nur 2000 Meter, während das norddeutsche Derby über 2500 Meter ging. — Bei dem Totalisator soll sich übrigens am Sonntag in Hamburg ebenfalls etwas Seltsames ereignet haben.

Mit anderen Worten, die vornehmen Herren Sportsmen haben insam betrogen. Das wird aber nicht bestraft, und nicht einmal zu einem Verhaftungsprozess wird es kommen, wie neulich in England, wo ähnliche Praktiken in den „Sportkreisen“ an der Tag-ordnung sind. In Deutschland vertuscht man solche Standale.

— Neues deutsches „Wesen“. In Milwaukee, schreibt der „Sozialist“, fand vorige Woche ein Kongress der deutschen Skatpieler statt, zu dem Zweck, um „einen festen Verband aller Deuter zu gründen, welche durch das deutsche Nationalspiel, den „Stat“, ihren Sinn für deutsches Wesen kundgeben.“

Herr Derm. Kaster von der „Illinois Staats-Zeitung“, in dessen sozialen Kreis die meisten dieser Statbolde fallen und der daher das richtige Verständnis für die „Gebung“ des deutschen Wesens durch die Staterei haben muß, hat in einer leichten Stunde, in der sein Geist von sozialistischen Gespenstern nicht geplagt wurde, die Statliga wie folgt verurteilt:

„Unsere Meinung geht dahin, daß das vielgepriesene „edle deutsche Nationalspiel“ nicht nur kein Segen, sondern ein Fluch für das Deutschland ist, weil es alle wahrhaft edle Geselligkeit, die nur in Gesellschaft wohlwollender, lebendiger Unterhaltung von Männern und Frauen denkbar ist, in Grund und Boden zerstört und wie ein Pesthauch auf alle höheren geistigen und sittlichen Bestrebungen des Deutschlands wirkt.“

„Die erpichteten Statbrüder sind auf das Spiel so verfallen, wie die Kunden der Spielbank zu Monte Carlo auf Roulette. Von ihnen gilt das Wort Lichtners: „Sie hören nicht, sie sehen nicht, sie fühlen nicht: — sie spielen!“ An jeder anderen Art geselliger Unterhaltung und geistigen Strebens, außer Stat, verlieren sie alle Lust. Das Statspiel ist der bittere Feind des deutschen Theaters, deutscher Vorträge, deutschen Schulwesens und deutschen geselligen Lebens.“

„Es klingt wie Spott, wenn die Veranstalter des Kongresses sagen, daß diejenigen, welche das „edle Statspiel“ treiben, dadurch ihren „Sinn für deutsches Wesen“ kundgeben. Hole der Heuler das deutsche Wesen, wenn sein Sinn und Zweck darin besteht, die Menschen zu unvernünftigen Spielereien zu machen, deren höchste geistige Ziele in den Worten Tourne's Solo, Stand und vor allem Null ausgedrückt.“

„Das „unser englisch sprechenden Landsleute“ betrifft, so bemahre sie ein gültiges Geschick vor dem Stat. Sie haben ja ihr base-ball-Spiel. Ra, das ist zwar auch aus einer guten Leidenschaft zu einem bloßen Schau- und Weitspiel geworden; aber wenigstens ist es doch kein Feind der Geselligkeit; es bringt viele Tausende von Menschen unter freiem Himmel zusammen und macht sie nicht zu ungeselligen Stubenpöckern.“

Herr Kaster hat Recht, aber seine Philippika ist in den Wind gesprochen. Das Statspiel, der „Pesthauch“ für alle höheren geistigen und sittlichen Bestrebungen, ist in der That das dem, was man heute „deutsches Wesen“ nennt, entsprechende Spiel, sein Siegeslauf überallhin, wo die deutsch-Junge kündigt, kein bloßer Zufall, sondern in seiner Natur begründet. Nach allen Richtungen hin, das Spiel der honetten Mittelklasse. Ohne die Aufregungen der reinen Hazardspiele, ohne die Kämpferlichkeit zu beanpruchen, die z. B. das Whist erfordert, bietet es mehr Abwechslung, „reist“ es durch seine „Gefahren“ mehr wie dieses, und verlangt es mehr Berechnung als jene. Es ist nicht so „langweilig“ wie das Schachspiel und nicht so „de“ wie Domino etc., man kann es im Hause und in der Kneipe spielen, es paßt sich an alle Formen des geselligen Lebens an, es ist unter den Spielen der vollendete Vertreter des Effektismus.

Deute gegen das Statspiel anzukämpfen? Gilt's Bemühen. Namentlich in Deutschland ausichtslos als je. Kann sich doch der streberlosigste Student, der loyalie Spielbürger in Bezug auf den Stat auf seinen verehrungswürdigen Landesherren berufen. Wilhelm II. hegt zwar, wie die Pfaffenblätter triumphierend melden, eine „unüberwindliche Abneigung“ gegen das Freimaurerthum, das heißt er will den Kulturstückel selbst nicht einmal den Schein des Interesses entgegenbringen, aber er ist ein um so größerer Verehrer des Statspiels. Er ist auch in dieser Beziehung „ein echtes Kind seiner Zeit“.

— Aus Nolte's Bildungsanstalt. Wie die Kaserne die Schule ergänzt oder vielmehr, bei dem heute in Preußen-Deutschland von oben her geführten stillen Kampf gegen die Schule, ersetzt, dafür finden wir im „Schächigen Wochenblatt“ ein drastisches Beispiel. Dem genannten Blatt schreibt man aus Crotenhain:

„Die hiesige Einwohnerschaft ist empört über einen Rohheitsakt, der sich in der hiesigen Kaserne abgespielt hat. Duzaren haben einen ihrer Kameraden so fürchterlich mißhandelt, daß der Arzt bei der Ueberführung des Gemüthlichen in das Lazareth schwere Bedenken bezüglich des Ausgangs dieser Mißhandlung für die Gesundheit des Geschlagenen ausgesprochen haben soll. Am Sonntag ging das Gerücht durch die Stadt, der Kerker sei dieser Rohheit erlegen und gestorben. Glücklicherweise bestätigte sich das Gerücht nicht. Die Ursache der Mißhandlung gründete sich auf den Verdacht eines Geldbetrugs, den der Betreffende an einem Kameraden begangen haben sollte, aber hartnäckig im Bewußtsein seiner Unschuld in Errede stülte. Wie man offenkundig erzählt, sei dem Kerker beim „Aushauen“ der Mund verbunden worden, damit er nicht schreien könne und nur, als er unter dem Druck der Schmerzen seine Unschuld verleugnete und den Diebstahl zugestand, ließen seine Peiniger des Bösen genug sein. Als aber das vor solcher Brutalität schützende Lazareth den Geschlagenen aufgenommen, beherrschte er seine Unschuld, die sich dann auch herausstellte. Gestern hat sich der Schuldige, ebenfalls ein Duzar, der selbst mit auf den Unschuldigen losgeschlagen, in der Kaserne erkündigt. Dem Anwesenden des sogenannten Schächens, das unter dem Militär bekanntlich immer noch geübt wird, legt man durch dieses Vorkommnis an unserm Orte vielleicht auf immer das Handwerk; denn bei der eisernen Disziplin in unserm Heere bedürfte es doch wohl nur eines energischen Verbotes, um diese Rohheit befördernde Unsitte verschwinden zu lassen. Aber einzelne gravirende Umstände beim Vorgange obiger Unthat, unterlassen wir in Rücksicht auf das nichtöffentliche Militärgerichtsverfahren zu berichten, unter dem Publikum kursiren jedoch geradezu ungläubliche Dinge. Es wäre deshalb besser, man gestattete der Presse die Mittheilung event. Widerlegung solcher Gerüchte, womit mancher Uebertreter die Spitze abgebrochen, aber auch manche unliebsame Thatsache zu Ruh und Frommen Aller ans Licht gezogen würde.“

So der betreffende Korrespondent. Sein Appell wird natürlich denselben Erfolg haben wie alle früheren Versuche, dem Militarismus Konfession an das allgemeine Rechtsbewußtsein abzulodern — er wird ungehört verhallen, sofern er nicht obendrein mit einem der beliebigen Strafanträge beantwortet werden sollte. Der „Soldatengeist“, der dem unter die Fahne einberufenen Sohn des Volkes heute in Deutschland eingebrüllt wird, könnte darunter leiden, wenn der Presse das Recht der Kritik, der Kennzeichnung von Mißständen eingeräumt würde. Und was die vielgeschriebe Mißhandlung des armen, ungerecht verdächtigten Duzaren anbetrifft — je nun, wenn darf sie wundern in einer Zeit, wo die gutgeleitete Presse fortgesetzt über den Humanitätsdusel unserer Epoche ic. jammert? Die Peiniger des Kranken haben sich eben von jeder „falschen Humanität“ frei erweisen wollen, und der sicherste Weg dazu ist, überhaupt unter allen Umständen so roh als nur möglich zu handeln. Die Kaserne, wie sie heute ist, ist dafür in der That die beste „Bildungsanstalt“.

Es wird ein schweres Stück Arbeit sein, den deutschen Volksgesinnung den segensreichen „Wirkungen der großen Kriegserfolge“ zu befreien.

— Ein Pfaffe, der die Wahrheit sagt, ist zwar noch seltener als eine Rahe, die das Raufen läßt. Wenn manchmal ereignet sich doch das Wunder. Und in Belgien ist jetzt wirklich ein solcher Pfaffe entdeckt worden. Er heißt Tereob, ist ein Führer der Klerikalen, und die Wahrheit, welche er sagte, lautet wie folgt:

„Unser kostbarstes Recht ist die Dummheit des Volkes.“

Er meint, daß alle „Rechte“, die den Pfaffen und ihren Helfershelfern, den Junkern, Fürsten und Bourgeois im heutigen Klassenstaate gegeben sind, nichts wären, bloße „Stückchen Papier“ — wenn die Dummheit des Volkes nicht wäre. Da hat der Pfaffe einmal gar lobenswerth aus der Schule geschwätzt.

Freilich, wenn's ein Arbeiter sagt, daß die Feinde des Volkes nur von seiner Dummheit leben und daß die heutige Schule die Kirche den Zweck hat, das Volk in Dummheit zu halten — dann kann er ins Gefängniß marschiren.

— Frankreich. Einen neuen Versuch zum alten Lied von der Bekanntheit, aber noch immer nicht nach ihrem wahren Verdienst gewürdigten Großmuth der Kapitalisten bildet der Streik um die verfallenen Gruben von Rive-de-Giers. Als vor ziele zwei Jahren der Streik in Decazville ein großes Licht auf die Verhältnisse warf, unter denen die Bergarbeiter leben, und in Folge dessen eine Reihe von Fragen über Besitz, Konfession, Ausbeutung ic. der Bergwerke in der Öffentlichkeit diskutirt wurden, wurde dieselbe an ein Geleß von 1810 erinnert, nach dem der Staat die ertheilte Konfession für die Ausbeutung von Gruben wieder entziehen kann, sobald die Konfessionäre die betreffenden Werke nicht gehörig betreiben. Etliche unklare Bürgerlich-Kabale, welche vom Sozialismus nur das Räuten gehört hatten, warfen die Formel „die Grube den Grubenarbeitern“ in die Diskussion und verlangten, daß die Rinen von Bergarbeiter-Gewerkschaften ausgebeutet würden. Hauptorkämpfer der Forderung, welcher die Sozialisten aus guten Gründen entgegentraten, war der Deputirte und Ingenieur Laur, und durch seine Vermittlung erklärte sich eine Aktien-Gesellschaft, die außer anderen die Kohlenminen von Rive-de-Giers ausbeutete, bereit, etliche Rinen an eine Anzahl als Gewerkschaft organisirter Arbeiter abzutreten. Die Aktien-Gesellschaft hatte ihre guten Gründe, sich so freigebig zu erweisen, denn abgesehen davon, daß die betreffenden Rinen längst ertragsunfähig unter Wasser standen und nur mit Verlust abgebaut werden konnten, stand eventuellen Falles die Anwendung des obigen Gesetzes von 1810 in Aussicht.

Das „höfzerige Geschenk“ erwieß sich als das einfachste und billigste Mittel, sich einen unbequemen Besitz vom Hals zu schaffen, der nichts einbrachte, sondern nur kostete, ferner aber, und diese Erwägung fiel besonders schwer in der Wagschale, war zehn gegen eins zu werten, daß die belästigte Gewerkschaft der Kohlengräber bald schändlichen Bankrott machen würde. Das verunglückte Unternehmen sollte dann „den vom Sozialismus betäubten Arbeitern“ als warnendes und abschreckendes Beispiel hinzustellen werden, welche trauriges Schicksal ihrer warte, sobald die unergiebigen Kapitalisten von der Produktion ausgeschlossen werden. Der Bankrott der Gewerkschaft wäre zum Bankrott des Sozialismus gestempelt worden. Im Hinblick auf diesen Ausgang der Sache richtete sich der Kapitalist bereits im Stillen die Hände über den gelungenen Streich; seine Preisorgane aber behaupteten unbedingte Hochachtung und Nahrung des unvernünftigen Egoismus ic. ic. Daß die Aktien-Gesellschaft vom Ueberfluß der Kohlengräber auch noch mit allen auf den Werken haftenden Verpflichtungen, darunter auch in gegen zwölf Millionen Schulden, befreit habe, wurde nicht erwähnt.

Frau Renaud de l'Arrière verließ durch Schenkung von 4000 Fr. dem Syndikat die Mithelheit, die unbedingtesten Maschinen anzuschaffen. Mit den notwendigsten Arbeitsinstrumenten versehen gingen die „freien“ Arbeiter an den Abbau der Rinen. Dank ihrer eheinen Energie, ihres unermüdblichen Schaffens gelang es ihnen, die Werke in ausbeutungsfähigen Zustand zu setzen und die fargen Schätze zu heben, und ungeachtet der in jeder Beziehung denkbar ungünstigsten Verhältnisse arbeitete sich die Gewerkschaft empor und versprach kräftiges Bedienen, besonders als in den letzten Wochen zwei neue ungenügend mächtige Kohlenabern entdeckt wurden. Kaum aber hatte das Syndikat seinen Beschützer Laur hiervon in Kenntniß gesetzt, als die Aktien-Gesellschaft plötzlich die Rinen zurückforderte, unter dem Vorwand, daß dieselben nicht nach allen Formeln abgetreten und die Abtretung vom Staate nicht formell und offiziell bestätigt worden sei. Selbstverständlich hat die Gewerkschaft der unverschämten Forderung nicht nachgegeben und ist entschlossen, ihr gutes, lauter erworbenes Recht bis zum Ausschreiten zu vertheidigen. Die Angelegenheit soll durch einen von der Aktien-Gesellschaft anhängig gemachten Prozeß entschieden werden, sie lag bereits dem Gerichtshof von St. Etienne, wo Klage erhoben war, vor, derselbe hat sich indes für inkompetent erklärt. Die Kohlengräber von Rive-de-Giers haben eine kräftige Protestbewegung in Szene gesetzt, die von der Einwohnerschaft der Umgegend unterstützt wird. Ueberhaupt ist fast die gesammte öffentliche Meinung der Gewerkschaft günstig gestimmt; sogar die einflussreichsten und verlogenen Bourgeoisblätter wagen nur verschämte, für die Aktien-Gesellschaft eine Lanze zu brechen. Was sie ihr zum Vorwurf machen, ist nicht etwa die bodenlose Gemeinheit ihrer Handlungsmotive, sondern der „unvergleichliche Leichtsin“ mit dem sie die Kohlenminen abtrat, ohne sich durch eine Klausel das Recht zu sichern, dieselben bei günstigen Umständen wieder zurückzunehmen, nachdem die genaßfertigen Arbeiter gratis Verleumdungen verrichtet. Der Kniff ist billig und einträglich, und darf jedenfalls auf Nachahmer zählen, vor- ausgeführt, daß sich Dame Justitia ausnahmsweise einmal — nicht blind erweisen sollte.

— Unsere Genossen Bebel, Grillenberger, Meißner und Singer verenden das nachstehende Zirkular, das wir, weil auch für weitere Kreise von Interesse, hiermit zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Juni 1888.

Wir theilen unseren Parteigenossen hierdurch mit, daß für Unterstützungszwecke von Anfang März bis Ende Mai folgende Beträge bei uns eingegangen sind: Aus Magdeburg 100 —, Hertha v. Waldenburg 15 65, Tiefendil b. Wener 50 —, Langenbielau 90 —, Dohwurm 3 —, München 25 —, Götting 1. Schl. 37 —, Ditzing 5 —, Juchau, Grimmitzsch und Werben 271 30, Peggau 10 —, B. Dresden 70 —, J. D. W. D. Stuttgart 50 —, L. Luxemburg 250 —, J. S. W. D. 50 —, 6. sächsischer Wahlkreis 100 —, Unbekannt 382 35, Mannheim 12 40, Halberstadt 100 —, Köln (Sonderkreis) 50 —, Köln (Sonderkreis) 51 50, Potsdam 36 —, Plegnit 20 —, Reumünster 31 50, Hensburg 10 50, Spremburg 10 50, Würzburg 12 47, Würzburg 10 50, Dessau 10 —, Jersch 10 —, Dessau 5 50, Witten 8 —, Brandenburg 10 —, Dresden-Kruschwitz 16 —, Hof 10 —, Bayreuth 24 —, Fulda 1 —, Forst 26 70, Chemnitz 31 80, Sotha 24 —, Landrecht 6 40, Weipenfeld 20 —, Weipenfeld 15 90.

Für den Reichstagswahlzweck: R. D. 596 25, A. B. Klauen 100 —, G. v. B. Schwabing 80 —, Fr. G. Großenhain 100 —, A. R. Dresden 100 —, W. St. Gefau 60 —, Ungarn 5000 —, Hans-Berlin 500 —, „Der Mann im Mond“ 800 —, Jena 60 —, Jena 10 —, Halberstadt 50 —, noch einmal „Der Mann im Mond“ 1000 —.

K. Bebel. C. Grillenberger. J. Meißner. P. Singer.

Für den Hasenclever-Fond gingen vom 3. März bis Ende Mai weiter ein: Aus Osterwieck am Harz 35 —, „Wähler“ Leipzig 282 15, Ludwigshafen a/Rh. 60 —, Braunschweig durch R. 253 35, Hanau 120 —, Cöppingen 85 —, Darmstadt 25 —, Mainz durch St. 20 —, Stollberg i. Erzgeb. 10 —, Münster i. Westf. 15 15, Kachen 50 —, Berlin 4000 —, J. B. (450) 18 45, K. B. Cottbus 20 —, „Münchener Post“ 100 —, Langenbielau i. Schl. 50 —, „Wähler“ Leipzig 114 10, Magdeburg durch B. 100 —, Biskopau 12 —, Grnsdorf b. Rindbach i. B. 4 —, Froburg i. S. 17 —, Wittthöft 3 —, A. J. W. 6 —, G. F. 20 —, R. A. 3 —, Welfd 3 —, Weigen 30 —, Scherlau b. Langenbielau 19 —, Fr. J. Köln 22 —, Kisma 4 85, Ditzing 5 —, Frankfurt a. M. 5 —, 6. sächsl. Wahlkreis 100 —, Bremen 30 —, Dreiblindburg 15 —, Helmstedt 8 80, Burg b. Magdeburg 15 —, Demisingen 42 —, Danabück 60 —, Reerane 25 —, Halle a. S. 9 50, Dohndorf 10 —, Würzen 50 —, Bellen 109 93, Potsdam 50 —, Barmstedt 59 —, Rendsburg 90 75, Kiel 150 —, Winterbed 5. Kiel 10 —, Gaarden b. Kiel 113 88, Jyphoe 100 —, Wülfel b. Jyphoe 30 —, Hensburg 100 —, Schleswig 24 —, Dietrichsdorf 5. Kiel 40 —, Elberfeld b. Kiel 20 15, Wellingdorf 5. Kiel 29 85, Uetersen 100 —, Reumünster 300 —, Kuglsberg 20 —, Nürnberg 10 64, Würzburg 12 47,

B. Spalt 3 —, Nürnberg 17 35, erste Rate von Reilinghufen 20 —, Nachtrag von Wisler 2 50, Bärth 10 65, Dessau 30 —, Dagen i. M. 48 50, Rbln (Sonderkreis) 100 —, Brandenburg 60 —, Effen 10 60, Erfurt „Das Banner hoch“ 30 —, Goldlauter Alte Tanne 10 —, Elmshorn 65 70.

Insgesamt — d. h. mit Einschluß der am 2. März des Jahres quittirten 3,808 80 — eingegangen: 13,342 90.

Wir bitten, noch rückständige Beiträge für den vorerwähnten Fond sofort an uns gelangen zu lassen.

K. Bebel. C. Grillenberger. J. Meißner. P. Singer.

Berichtigung. In letzter Quittung wurde Landkreis Köln irrthümlich mit 70 Mk. aufgeführt, es muß heißen 100 Mk.

Ueber die bei der Expedition des „Sozialdemokrat“ erfolgten Eingänge wird später quittirt werden. Die Expedition.

Briefkasten

der Expedition: W. S. „Sozialist“ Rempp: W. v. 27/6. am 10/7. hier. Gewünschtes folgt. — G. O. K. v. 30 25. Fr. 10 — für 5 Mk. 3. Du., Fr. 6 15 f. Schl., Fr. 12 — pr. Kgd. und Fr. 2 10 f. P. N. d. h. guigbr. Hllg. notirt. Weiteres hll. — Rigidschaft d. h. Soj. in Jürich: Fr. 3 — f. 3 Ab. 3. Du. d. R. erh. — W. Wagn., Algeheni: Fr. 5 15 (1 Doll.) Ab. 3. u. 4. Du. u. Schl. erh. — R. W. Michigan City: Behl. d. Red. abgg. Anderes notirt. — T. v. R.: M. 1 40 Rest f. dir. erh. Ab. notirt. Inliegendes M. 3 60 f. Ab. 3. Du. u. Schl. St. R. ebenfalls notirt. — Dgr. Sanftmuth: M. 5 40 à Cto. Ab. ic. erh. — F. Rastin. Hll.: Fr. 6 40 f. Schl. erh. Hllg. fort. — R. Schabms. Hll.: M. 5 — f. Schl. erh. Hllg. fort. Regulus: M. 25 — à Cto. Ab. ic. erh. Hll. Hllg. notirt. — Kiesel: W. v. 9. dies hier u. am 11. beantw. Hllg. notirt. — F. Schmidt. Hll.: Hllg. notirt. Besprochenes baldigt erw. — U. F. G.: Kdr. gelöst u. notirt. Weiteres hll. am 11. ds. — Blumelke: M. 7 40 für 2 Mk. 3. Du. u. Schl. erh. Hllg. notirt. „Fliegen“ folgen mit. — Florestan: M. 3 — pr. Hll. d. h. erh. — Clara: Kdr. notirt. Hllg. folgt. Am 11. ds. hll. mehr. — Raimund: Hllg. notirt. — Arabi Parisa: Kdr. geordnet. Hllg. notirt. Angelegen verbracht, ist gut. Nach besser W. v. 15. ds. Das ist ja das reine Schauermärchen. Die Botchaft für ich wohl, allein — W. H. Weiteres. Und genaue Auskunft baldigt erbeten. — Franz Kötzer, Kropf: W. v. 30/6. am 12/7. hier. — F. Schb., Paris: W. v. 11. ds. hier. Kdr. notirt. W. hat sich bei uns nicht angemeldet. — Soj.-demokr. Club La Bilette: Fr. 45 80 à Cto. Ab. ic. erh. Ab. notirt. Weiteres hll. Ab. Exp. ist für Sie und für ersagte Zwecke vollständig genügend und unbedenklich. — Better, Hll.: Alles hier. Besten Dank. Hllg. notirt. — J. Rein. — Hll. Arb.-Berein Kaufmann: Hllg. notirt. Festhalten abg. — Scher., St. Gallen: Hllg. notirt. Gewünschtes folgt. — W. D.: M. 5 — Ab. 3. Du. erh. — J. St. Hll.: Fr. 8 — à Cto. Ab. ic. b. h. W. v. 12. dies hier. Hll. mehr. — Major Eduard: M. 4 50 Ab. 3. Du. erh. Kdr. notirt. Protokolle sind noch vorräthig. Die R. sch. Separatlistengeldste unterliegen wir selbstverständlich nicht. Nach für D. sch. genügt. — Kdr. Hllg. Hll.: M. 10 — Ab. 3. Du., M. 5 — pr. Hll. u. 50 Pf. f. Porto Hll. guigbr. Kdr. geändert. — Domersberg: R. sch. v. 14. ds. hier. Endlich! Hll. Weiteres. — K. J. Kdr. „Wächter.“: Fr. 2 — (Dopp. 1 —) f. Ab. 3. Du. erh. Festen noch 90 fr. — Rothe Erde: M. 3 — Ab. 3. erh. Kdr. eingehend machen u. baldigt berichten. Beklage abgg. Gruh. — Steinle: M. 110 — u. M. 28 60 Porto vorig. à Cto. Ab. ic. guigbr. — Kdr. Sauerländer: M. 20 — für Ab. u. Schl. erh. Kdr. notirt. Festhalten unterwogen. Gewünschtes kann des Gewichtes wegen nicht pr. Hll. gehen. — H. Stg.: M. 7 40 für Porto erh. — Gyzelle: M. 15 — Ab. 3. Du. erh. Kdr. gelöst. Größere Posten lieber Noten als Marken. Festhalten unterwogen. Hllg. u. Ab. notirt. Aber warum denn gleich auf die Hälfte herab? Die Gesetze ist bei der Hälfte doch auch. Das ist eine schlechte Antwort auf die neuesten Gewaltschritte! Fortwärts, vorwärts, Don Rodrigo! muß Parole sein! Hoffen auf Besserung ihrerseits! — W. in Gtrow: M. 3 — Ab. 3. Du. d. R. erh. — J. Sch. G. A.: Dopp. 1 — f. Schl. erh. „S. B.“ folgt j. h. — Prgr.: Durch M. Fr. 2 — Ab. 3. Du. erh. — Bbh.: M. 20 — für Ab. erh. Kdr. notirt. Ueber Anderes hll. Weiteres. — Beilgenstein: W. v. 15. hier. Weitere Ju. fände! Weiteres hll. — J. St. G.: Hllg. notirt. — R. W. Hllg. notirt. Nachfr. folgt. — Commerzienrat: Nachr. v. 16. hier. „Wo der Hlem steht“ — der steht eben damals dort, jetzt wohl hll. informiert? Kdr. notirt. Weiteres hll. — Die Witten: Hllg. notirt. Wunsch wird natürlich erfüllt. Berzögerung an Schmehndung und Umfänden. — J. A. G.: Fr. 2 — (Dopp. 1 —) Ab. Ergänzung erh. —

Anzeigen.

Bei meiner Abreise nach Amerika (Chicago) sage ich allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Ignaz Puchner.

Geden ersien und ist durch uns zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft XXIV. Zur Erinnerung für die Nordpatrioten. Von Sigismund Dorkheim. Mit einer Einleitung von Fr. Engels.

Preis: 40 Pf. — 50 Cts.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

Verkaufshandlung und Expedition des „Sozialdemokrat“ Göttingen-Zürich.

Zur Beachtung.

Alle Genossen, welche nach Amerika (New York) reisen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich sofort nach ihrer Ankunft nach dem Hauptquartier der Sozialistischen Arbeiterpartei:

Nr. 25 Str. 4. Street,

zu begeben. Ferner bitten Allen, welche gezwungen sind, um Unterstützung nachzusuchen, zur Nachsicht, daß solche nur gegen Vorzeigung von Legitimationen neueren Datums, unterzeichnet von bekanntem Vertrauenspersonen, genährt werden kann.

Berufung auf Genossen, welche schon längere Zeit hier im Lande sind, kann nicht berücksichtigt werden.

Das Unterstützungs-Komitee der S. A. P.

[7<] Section New York.

©Hw. Genossenschafts-Verleger und Verlagsbuchhandlung von 2. Döbber-